

# Wir schaffen das Berlin der Zukunft.

Das Berlin-Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

# SPD

C 99 - 04375

Das Buch-Programm der Zentralbibliothek der Universität Zürich

# Wir schaffen das Berlin der Zukunft

## Sozialdemokratisches Wahlprogramm für die Wahlen am 14. März 1971

Beschlossen vom außerordentlichen Landesparteitag der SPD am 29. 11. 1970

### Präambel

Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur parlamentarischen Demokratie und zum demokratischen Sozialismus. Wir sehen darin den konkreten Auftrag, Staat und Gesellschaft durch ständige Reformen zu einem vorbildlichen Gemeinwesen zu entwickeln, das gerechter und sozialer ist. Auf der Grundlage des Godesberger Programms und der sozialdemokratischen Perspektiven sind die Schwerpunkte unserer Reformpolitik.

- Gleichheit der Chancen
- Verbesserung der Lebensbedingungen der noch immer Benachteiligten
- Gerechtere Verteilung des Volkseinkommens
- Erhöhung des Lebensstandards
- Verwirklichung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums
- Beteiligung und Mitwirkung des Bürgers an Entscheidungen, die ihn betreffen

#### Die SPD wird daher

- das Schul- und Bildungssystem verbessern, um es jedem zu ermöglichen, seine Fähigkeiten voll zu entfalten,
- die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungskraft als vordringliche Aufgabe ansehen,
- für eine intensivere Versorgung und Betreuung der älteren Mitbürger, der Kranken, Behinderten und der kinderreichen Familien sorgen,
- die Durchführung der Reformprogramme durch die Schaffung finanzieller Prioritäten beschleunigen.

**Die SPD ist die Partei der inneren Reformen**

**Die SPD will die soziale Demokratie**

C 99 - 04375



## Gliederung

Lfd. Nr. Bereich:

### **Präambel**

#### **1-41 Bildung und Kultur**

- I. Schulen
- II. Hochschulpolitik
- III. Wissenschaft und Forschung
- IV. Erwachsenenbildung
- V. Kulturpolitik
- VI. Kirchen und Religionsgemeinschaften

#### **42-73 Wirtschaft und Arbeit**

- I. Entwicklung und Perspektiven
- II. Berlinförderung
- III. Arbeitsplatz Berlin
- IV. Ausbau der Industrie
- V. Innerdeutscher Handel und Osthandel
- VI. Kongresse und Konferenzen

#### **74-89 Bauen und Wohnen**

- I. Mieten und Mieterschutz
- II. Wohnungsbau
- III. Stadterneuerung
- IV. Verkehrsbauten

#### **90-105 Familie, Jugend und Sport**

- I. Familienförderung
- II. Spielplätze, Kindergärten, Kindertagesstätten
- III. Sportstättenbau
- IV. Jugendförderung

#### **106-131 Alter und Gesundheit**

- I. Praktische Altenhilfe
- II. Altenwohnheime und Altenheime
- III. Behinderte
- IV. Renten
- V. Gesundheitsvor- und -fürsorge
- VI. Krankenhäuser

#### **132-146 Freizeitwert Berlins**

- I. City- und Erholungsgebiete
- II. Umweltschutz
- III. Breiten- und Leistungssport, Begegnungsstätten

#### **147-162 Ausbau und Schutz unserer Demokratie**

- I. Freiheit und Ordnung
- II. Schutz der Bürger
- III. Verwaltung in der Reform

#### **163-170 Die Finanzplanung**



# Einleitung

## Unser Ziel: Wir schaffen das Berlin der Zukunft

Unser Berlin – das ist die moderne, weltoffene Stadt, die wir lieben und die andere bewundern.

Unser Berlin – das sind die Berlinerinnen und Berliner, die mit beiden Beinen in der Welt stehen und der Zukunft zugewandt sind.

Unser Berlin – das sind die fleißigen Menschen an der Werkbank und in den Büros, in der Produktion und im Dienst am Menschen, genauso wie die älteren und jüngeren Mitbürger, denen unsere besondere Sorge gilt.

Vor 25 Jahren gab man uns und unserer Stadt keine Zukunft. Vom Vertrauen der Berliner Bevölkerung getragen, haben wir Sozialdemokraten der Stadt den Weg in die Zukunft gebahnt. Nicht alles konnte erreicht werden. Ost-Berlin wurde gewaltsam von uns getrennt. Wir haben den freien Teil Berlins gesichert und gestärkt. Seine Freiheit und Lebensfähigkeit ist nach wie vor gesichert durch

- die Garantien der drei Schutzmächte,
- die Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland,
- die solide, demokratische Politik im Innern,
- den Selbstbehauptungswillen der Berliner Bevölkerung.

Um die siebziger Jahre erfolgreich zu gestalten und damit die Zukunft zu gewinnen, dürfen wir uns mit dem Erreichten nicht zufriedengeben. Wir Sozialdemokraten garantieren den Fortschritt. Wir wollen Berlin zum Modell einer modernen Großstadt ausbauen. Wir wollen den Menschen in dieser Stadt ein Leben in sozialer Gerechtigkeit, in Frieden und Freiheit und frei von Not und Furcht gewährleisten.

Unsere Ziele sind weit gesteckt; aber sie sind zu erreichen. Wir haben die Kraft zu mutigen Entscheidungen und den Willen zu neuen Methoden in der Politik. Unsere Ziele sind erreichbar, weil wir längerfristig planen.

Wir denken nicht nur an heute und morgen. Wir planen bereits für die überschaubare Zukunft. Planung und Reform der Verwaltung sind entscheidende Voraussetzungen zur systematischen Weiterentwicklung unserer Stadt.

Dieses Programm gibt Aufschluß über das, was wir in den nächsten Jahren verbessern und erreichen wollen.

Dieses Programm ist ein Versprechen solider Politik. Wir versprechen nichts, was nicht finanziell gesichert ist. Jede einzelne Maßnahme, die wir mit diesem Programm ankündigen, ist bereits in der mittelfristigen Finanzplanung, die im Herbst 1970 vorgelegt wurde, enthalten. Dabei sind die Schwerpunkte unserer Politik klar bestimmt.

Wir Sozialdemokraten in Berlin werden, getragen vom Vertrauen unserer Bürger und mit der Unterstützung der Sozialdemokraten im Bund, unsere Kraft einsetzen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen:

## Berlin – das Modell einer modernen Großstadt

# Bildung und Kultur

1. Auf Initiative und Drängen der Sozialdemokraten im Bund und in Berlin wurde der Rang der Bildungspolitik und der Wissenschaftspolitik erstmals im Jahre 1969 für die Bundesrepublik so bestimmt, daß Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung an der Spitze der Reformen stehen, die es bei uns vorzunehmen gilt.

2. Probleme und Aufgaben der Zukunft können nur gelöst werden, wenn der Bildungsstand auch in Deutschland entschieden angehoben wird. Das Bildungswesen hat in Berlin – auch in finanzieller Hinsicht – schon immer eine hohe Priorität gehabt. Der Erfolg dieser Bemühungen ist sichtbar. Bis 1980 werden sich die Ausgaben für das Bildungswesen in Berlin vervierfachen.

3. Die Berliner Schule ist ein Begriff, sie gilt in der Bundesrepublik in vielen Bereichen als beispielhaft. Auch in der Hochschulpolitik ist Berlin für die Bundesländer richtungweisend.

Diese Spitzenposition Berlins im Bildungswesen der Bundesrepublik kann uns aber im Hinblick auf den in einigen europäischen Ländern erreichten Standard nicht befriedigen. Deshalb werden von Berlin auch in Zukunft entscheidende Impulse für eine verstärkte Bildungspolitik ausgehen.

4. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat einen Bildungsbericht vorgelegt, der die Voraussetzungen für ein modernes Bildungswesen aufzeigt und die Versäumnisse der Vergangenheit überwinden helfen wird.

Oberstes Ziel der dringend erforderlichen bildungspolitischen Reformen ist ein demokratisches, leistungs- und wandlungsfähiges Bildungssystem, dessen Hauptaufgabe die Erziehung der Menschen zu mündigen Bürgern ist.

## I. Schulen

5. Von 1967 bis 1971 wurden 1046 Klassenräume neu gebaut, davon 426 in Grundschulen, 81 in Oberschulen, 117 in Gesamtschulen. Zusätzlich haben wir 422 mobile Klassenräume errichtet.

6. Für den Schulbau sind innerhalb der Laufzeit der mittelfristigen Finanzplanung von 1970 bis 1974 465 Mill. DM veranschlagt. 1975 werden weitere 110 Mill. DM Baumittel für Fortschreibungsraten bereitgestellt. Darüber hinaus wird für 355 Mill. DM ein Sonderbauprogramm finanziert. Mit dem „Sonderbauprogramm Oberschulbau“ werden zu den in der mittelfristigen Finanzplanung enthaltenen 1000 Räumen mehr als 500 Räume in 10 bis 12 Schulzentren und 3 Oberstufen an Gesamtschulen neu errichtet. Damit haben wir die Folgerungen aus der Vorlage der statistischen Unterlagen über die Entwicklung der Schülerzahlen in Berlin gezogen. Insgesamt wird die Schülerzahl von 1969 bis 1975 von 194 000 auf 233 000 ansteigen. Die Schulbauinvestitionen zur Erstellung der benötigten zusätzlichen Räume werden für diesen Zeitraum 930 Mill. DM betragen.

7. Die Bewältigung dieser Bauleistung ist nur durch Standardisierung und Rationalisierung im Schulbau zu erreichen.

Vorhandene ältere Schulgebäude werden instandgesetzt, erweitert und modernisiert.

8. Das Angebot für Lehr- und Lernmittel wird bis 1975 verdoppelt.

Der Bedarf der Grund- und Sonderschulen ist dabei vorrangig zu berücksichtigen.

9. Um die geistig-seelische und soziale Entwicklung von Kindern aus allen Schichten der Bevölkerung früher als bisher fördern zu können, wird in den nächsten Jahren ein umfangreiches Vorschulprogramm verwirklicht werden.

Ziele, Inhalte, Methoden und Organisationsformen werden gegenwärtig von einer Planungsgruppe der Senatsverwaltungen Familie, Jugend und Sport und Schulwesen erarbeitet. Ziel ist das obligatorische Vorschuljahr.

10. Im Dezember 1969 bestanden bereits an 114 von 218 Grundschulen 304 Vorklassen mit 6765 Schülern, davon waren 5387 Kinder im vorschulpflichtigen Alter. Darüber hinaus werden in den Kindergärten in 396 Vorschulgruppen über 6000 Kinder nach demselben Lehrplan vorschulisch betreut.

Wir werden spätestens bis 1976 an allen Grundschulen Vorklassen einrichten und dafür sorgen, daß 1978 der Beginn der Schulpflicht auf das vollendete fünfte Lebensjahr vorverlegt wird.

Der stufenweise Ausbau der Grundschulen mit Vorklassen wird vordringlich in Wohngebieten mit sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten erfolgen. Dabei ist sicherzustellen, daß sozial benachteiligten Kindern vorschulische Erziehung angeboten wird. Wir werden daher die Eltern in diesen Wohngebieten über die Bedeutung der vorschulischen Erziehung eingehend informieren.

11. Im Vergleich zu anderen Bundesländern schneidet Berlin mit durchschnittlich 32,7 Schülern je Grundschulklasse günstig ab, obwohl die Zahl der Schüler in den letzten Jahren um mehr als 20 000 stieg. Dieser Durchschnittswert bedeutet, daß es in einigen Klassen höhere und in anderen Klassen niedrigere Frequenzen gab. Bis 1975 sollen die Durchschnittsfrequenzen in den 1. und 2. Klassen auf 30 bis 31 gesenkt werden. Um eine intensivere pädagogische Betreuung der Schüler zu gewährleisten, wurden in der 1. und 2. Klasse Teilungsstunden eingeführt.

Verbesserungen im Bereich der vorschulischen Erziehung und der Grundschule werden auf lange Sicht auch bewirken, daß fast alle Kinder an einer allgemeinen Schule ausgebildet werden können. Gegenwärtig ist die Zahl derjenigen Kinder, die wegen des Fehlens individueller Betreuung eine Sonderschule besuchen

müssen, noch hoch. Durch den weiteren Ausbau und die verbesserte Ausstattung der Sonderschulen werden wir dafür sorgen,

● daß möglichst vielen behinderten Kindern nach einer Zeit besonderer Förderung der Besuch einer allgemeinen Schule ermöglicht wird und

● daß an bestimmten Sonderschulen qualifizierte Bildungsabschlüsse verstärkt angeboten werden.

12. Wir haben die Hauptschule konsequent zu einem echten weiterführenden Schulzweig mit leistungsdifferenziertem Fachunterricht in Englisch und Mathematik weiterentwickelt. Das Fach Arbeitslehre orientiert über die Arbeits- und Wirtschaftswelt. Der Unterricht in Arbeitslehre soll den Schülern zu besseren Orientierungsmöglichkeiten in unserer modernen Industriegesellschaft verhelfen. Die freiwillige 10. Klasse wird schon jetzt von rd. 65 Prozent der Schüler besucht. Bis zur Mitte dieses Jahrzehnts wird das 10. Vollzeitschuljahr eingeführt. Ein überdurchschnittliches Abschlußzeugnis der Hauptschule ist dem Abschluß der Realschule gleichwertig und ermöglicht damit den Übergang in Aufbaustufen des Gymnasiums.

In Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates und der bildungspolitischen Konzeption der Bundesregierung fassen wir die Hauptschule als Durchgangsstufe zu einer Sekundarstufe I (7.-10. Klasse) auf, in der die bisherige Trennung der Schüler nach Schularten aufgehoben ist. In der Sekundarstufe I sollen möglichst viele Schüler nach Abschluß der 10. Klasse einen ersten qualifizierten Abschluß erhalten.

13. Mit der Errichtung von 10 bis 12 Mittelstufenzentren im Rahmen des Sonderbauprogramms „Oberschulbau“ wird die Ausgestaltung der Sekundarstufe zügig vorangetrieben werden.

Schon jetzt hat Berlin fünf Gesamtschulen. Mindestens fünf weitere werden bis 1975 fertig sein. Die Gesamtschule ist bei uns als Regelschule anerkannt. Die Errichtung von Gesamtschulen stellt einen Erfolg der sozialdemokratischen Bildungspolitik in Berlin über die Grenzen Berlins hinaus dar. Der Andrang zu diesen Schulen ist so groß, daß oft nur ein Viertel aller Aufnahmeanträge berücksichtigt werden kann. Mit der Errichtung von Mittelstufenzentren und Gesamtschulen kommen wir unserem Ziel – der Einführung der Ganztagschule – näher.

Die Entwicklung der Berliner Schule zur Ganztags-Gesamtschule ist das langfristige Ziel sozialdemokratischer Schulpolitik.

14. Die Klassen- und Lehrerfrequenz an den Realschulen und Gymnasien ist günstiger als in anderen Bundesländern:

	Realschule Durchschnitt der			Gymnasium Durchschnitt der		
	Bundesländer	Berlin	Saarland	Bundesländer	Berlin	Saarland
Schüler je Klasse	32,9	28,8	36,4	28,9	22,9	31,6
Schüler je Lehrer	26,4	17,5	26,0	20,7	12,6	23,9

15. In den nächsten vier Jahren tritt in der Oberstufe an die Stelle des bisherigen Klassenunterrichts ein differenziertes Kursystem; der Inhalt des Lehrstoffes wird überprüft. Die Lehrpläne der Mittelstufe werden stärker aufeinander abgestimmt, um den Übergang von einer Schulart zur anderen zu erleichtern.

16. An den Schulen Berlins bestehen zur Zeit 150 Fördergruppen für Schüler der 4. bis 10. Klasse, die sportlich besonders begabt sind. Das Wahlpflichtfach Sport ist bisher in drei Schulen ab Klasse 9 eingeführt worden. Ab 1972 sollen vier Oberschulen mit dem Schwerpunkt Sport eingerichtet sein. Darüber hinaus wird der Sportunterricht an allen Schulen intensiviert werden.

17. Die Fachoberschule wird mit der allgemeinbildenden Schule verklammert, die berufsbildende Schule wird der Oberstufe der allgemeinbildenden Schule angenähert.

18. Das Verständnis vor allem der Arbeiterfamilien für größere berufliche Chancen ihrer Kinder wird gefördert werden. Die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen soll die Entscheidung der Eltern für eine bessere Schulbildung erleichtern.

19. Die SPD will ein demokratisches Bildungswesen aufbauen. Sie wird deshalb dafür eintreten, daß die notwendige Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche nicht vor der Schule

halt macht. Die Mitwirkung und Mitbestimmung wird durch eine Änderung des Schulgesetzes institutionell verankert werden.

Die strukturellen Veränderungen des Bildungssystems haben nur Aussicht auf Erfolg, wenn sie mit inneren Reformen der Lehrplanentwicklung und der Lehreraus- und -weiterbildung verbunden werden.

20. Durch Verbesserung der Unterrichtsmittel und Einsatz von Hilfskräften soll die Arbeit der Lehrer erleichtert werden. Die Lehrerbildung wird reformiert; die Arbeitszeit der Lehrer wird im Jahre 1971 in zwei Phasen um eine Stunde verkürzt, das System der Weiterbildung wird ausgebaut. Die Zahl der Studienplätze und Planstellen für Lehrer wird wesentlich erhöht.

## II. Hochschulpolitik

21. Die Reform unserer Universitäten wird in Berlin zügig durchgeführt. Die Grundlage dafür ist das Universitätsgesetz von 1969.

22. Diese Reform geht von dem Grundgedanken aus, daß aus der Mitarbeit aller Universitätsmitglieder in den neugeschaffenen Gremien Mitverantwortung und aus der Mitverantwortung Sachlichkeit erwächst. Diese Sachlichkeit ist notwendig, damit die großen Aufgaben, welche die Hochschulen für die gesamte Gesellschaft zu erfüllen haben, gelöst werden können. Tiefgreifende Hochschulreformen sind nicht ohne Schwierigkeiten zu verwirklichen. Sie sind jedoch der einzige Weg, die in der alten Universität entstandene unheilvolle Konfrontation zu überwinden und zur Kooperation aller Universitätsmitglieder zu kommen.

23. Wesentliche Bestandteile der Reform sind

– überholte hierarchische Strukturen und Privilegien abzubauen

– zeitgemäße Formen der Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Staat zu schaffen

– neue Formen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu entwickeln

– die Freiheit von Forschung und Lehre zu sichern

– gesellschaftsfeindlicher Radikalität den Boden zu entziehen

– die gesetzliche Grundlage zur Durchführung der Studienreform und Hochschulplanung einzuführen.

24. Damit ist Berlin – wie schon vor 20 Jahren – Vorreiter einer Entwicklung an den deutschen Hochschulen. Der Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes des Bundesministeriums für Wissenschaft und Bildung zeigt deutlich, wieweit Reformvorstellungen aus Berlin zum Modell für die Bundesrepublik Deutschland geworden sind.

25. Wesentliche Aufgabe der nächsten Jahre wird sein, die Berliner Hochschulen durch eine sinnvolle überregionale Hochschulplanung den steigenden Studienzahlen und den veränderten Anforderungen der modernen Gesellschaft anzupassen.

– Der überproportionale Anteil Berlins an den Studienplätzen der Bundesrepublik soll erhalten bleiben.

– Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um Zulassungsbeschränkungen an den Universitäten abzubauen.

– Die Ausgaben für die Hochschulen in Berlin werden bis 1975 jährlich um 15 bis 20 Prozent gesteigert werden.

– Wir werden darauf hinwirken, allen Studierenden eine bessere materielle Basis zu geben; insbesondere durch Erhöhung der Stipendiensätze. Ein erster Schritt in Berlin war die Abschaffung der Studien- und Prüfungsgebühren.

26. Das Fachhochschulgesetz von 1970 bringt eine Umwandlung der Ingenieurschulen und anderen Fachakademien in Fachhochschulen. Ziel dieses Gesetzes ist es, die überfällige Reform des Akademiebereichs mit der Vorbereitung zur Schaffung einer Gesamthochschule zu verbinden.

27. Fortsetzung sozialdemokratischer Reformpolitik in Hochschule und Fachhochschule wird in den nächsten Jahren die Entwicklung der integrierten Gesamthochschule sein, die wir in Übereinstimmung mit dem Wissenschaftsrat, der Westdeutschen Rektorenkonferenz und dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft für die nächsten Jahre als einen erheblichen Fortschritt auf dem Wege der inhaltlichen Reform des Bildungswesens anstreben. Dabei kommt der Schaffung neuer Studiengänge, die differenzierte Studienabschlüsse ermöglichen, besondere Bedeutung zu.

### III. Wissenschaft und Forschung

28. Der hohe Rang Berlins in der wissenschaftlichen Forschung wird erhalten bleiben. Schwerpunkt wird hier die Entwicklung bedeutsamer Sonderforschungsbereiche in den Universitäten und die Gründung neuer Forschungseinrichtungen mit überregionaler und internationaler Bedeutung sein. Das neue, großzügig ausgestattete Steglitzer Klinikum setzt dabei Maßstäbe für die wissenschaftliche Forschung innerhalb der Universitäten. Beispiele für den großen Bereich wissenschaftlicher Forschung außerhalb der Hochschulen sind die Institute der Max-Planck-Gesellschaft und das Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung.

29. Das im Aufbau befindliche Großrechenzentrum wird allen wissenschaftlichen Einrichtungen Berlins vom Jahre 1971 an zur Verfügung stehen.

### IV. Erwachsenenbildung

30. Mit den künftigen Anforderungen im Beruf wird die Erwachsenenbildung immer wichtiger. In unserer Leistungsgesellschaft besteht mehr denn je der Zwang zum Umlernen und Weiterlernen.

31. Die Volkshochschulen haben 1969 ihre Grundlage im Berliner Schulgesetz gefunden. Es ist vorgesehen, daß sie bis 1975 die Möglichkeit erhalten, anerkannte Zeugnisse für den Real-schulabschluß, für den zweiten Bildungsweg und für andere Wege der Weiterbildung im Beruf zu erteilen.

32. Wir haben seit 1955 den Ausbau des Büchereiwesens langfristig geplant und großzügig durchgeführt. Das Ergebnis: Mit einem Buchbestand von 2,15 Millionen Bänden und mit 7,9 Millionen Ausleihen liegen wir weit an der Spitze der Entwicklung.

### V. Kulturpolitik

33. Ziel der Berliner Kulturpolitik ist es, den Interessen der Bevölkerung zu dienen, die Anziehungskraft und die Ausstrahlung der Stadt zu erhöhen und die Vielfalt des kulturellen Lebens unserer Zeit sichtbar zu machen.

34. Eröffnet wurde das Brücke-Museum (1967), die Neue Nationalgalerie der Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit den Sammlungen der Nationalgalerie und der Galerie des 20. Jahrhunderts (1969), das Berlin-Museum im Kammergerichtsgebäude in der Lindenstraße (1969), die Museen für Völkerkunde der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (1970). Das Bauhausarchiv wird in Kürze sein Domizil in Berlin erhalten.

35. Berlin unternimmt Anstrengungen, die Breite, Vielfalt und Qualität der Aufführungen seiner staatlichen und privaten Bühnen zu erhalten. Besonders erfolgreich ist das Theatertreffen, das alljährlich die interessantesten deutschsprachigen Aufführungen nach Berlin bringt.

36. Im Musikleben hat Berlin international seinen Platz durch die Deutsche Oper, das Berliner Philharmonische Orchester und das Radio-Symphonie-Orchester erfolgreich behaupten können. Die Herbert-von-Karajan-Stiftung hat 1969 ihren ersten internationalen Dirigentenwettbewerb und 1970 das erste internationale Treffen von Jugendorchestern veranstaltet. Im Schloß Charlottenburg wurde 1970 die Eosanderkapelle eröffnet. Erfolgreich waren die Bachtage und die Sommerkonzerte „Jazz in the Garden“ im Skulpturenhof der Neuen Nationalgalerie, die erstmals 1970 durchgeführt wurden.

37. Der Neubau der Staatsbibliothek der Stiftung Preußischer Kulturbesitz am Kemperplatz wird in den nächsten Jahren fertiggestellt werden. In der Zeit nach 1975 wird die Stiftung die von ihr geplanten fünf Museen der abendländischen Kunst bauen.

38. Wir werden Anstrengungen unternehmen, die Arbeits- und Ausstellungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der bildenden Kunst zu erweitern.

39. Filmfestspiele und Festwochen werden mit dem Ziel einer erhöhten Attraktivität profiliert werden. Regelmäßige Aufführungen wichtiger Werke der Filmkunst, die bisher aus kommerziellen Gründen wenig gezeigt wurden, werden verstärkt gefördert.

40. Wir werden unsere Bemühungen verstärken, die kulturellen Kontakte auch zu den osteuropäischen Staaten auszubauen.

### VI. Kirchen und Religionsgemeinschaften

41. Nach jahrelangen und schwierigen Verhandlungen wurden Vereinbarungen mit der evangelischen und katholischen Kirche getroffen, die eine Grundlage für die zukünftigen Beziehungen zwischen Staat und Kirche im Land Berlin darstellen. Mit der Jüdischen Gemeinde werden Vereinbarungen, die der Regelung mit diesen beiden Kirchen entsprechen, getroffen werden.

## Wirtschaft und Arbeit

### I. Entwicklung und Perspektiven

42. Vor wenigen Jahren behauptete mancher, Berlin sei eine Stadt ohne Zukunft, sei eine sterbende Stadt. Es wurde gefragt, ob und wie Berlin zu retten sei, und es gab viele Ratschläge. Einige meinten, es sei sowieso alles vergeblich, andere sagten, wir sollten der Marktwirtschaft abschwören; einige Professoren rieten uns, die Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland schrittweise zu lösen.

43. Wir sind keinen dieser Wege gegangen, weil wir sicher waren: Voraussetzung für das Wachstum unserer Wirtschaft sind und bleiben unabdingbar die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik Deutschland, so wie sie in den Jahren seit 1949 gewachsen sind.

44. Die Ergebnisse unserer Wirtschaft in den letzten Jahren sind gut. Sie haben die Legende von einer Strukturkrise der Wirtschaft Berlins eindrucksvoll widerlegt und das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit Berlins gefestigt.

45. 1969 konnte das Bruttosozialprodukt Berlins um fast 8 Prozent gesteigert werden; die Industrie verbuchte annähernd 19 Prozent mehr Aufträge als im Vorjahr, erhöhte ihre Produktion um 12,5 Prozent und steigerte ihre Investitionen um 42 Prozent. Diese Zahlen liegen nur knapp unter den Vergleichszahlen für das gesamte Bundesgebiet; die Industrieinvestitionen stiegen in Berlin sogar wesentlich stärker. Das Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung stieg bei uns im gleichen Zeitraum um 11,5 Prozent. Es lag damit deutlich über der Zuwachsrate im Bundesgebiet.

46. Erstmals seit Jahren haben wir das Wachstumstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Bundesgebiet praktisch wieder erreicht. Dies ist ohne jeden Zweifel ein Verdienst aller in der Stadt, aber das Ergebnis konnte nur erzielt werden, weil die Wirtschaftspolitik im Bund und in Berlin von Sozialdemokraten gestaltet wird. Unser wirtschaftspolitisches Ziel ist und bleibt: Wir wollen mit dem Wachstum der Wirtschaft in der Bundesrepublik voll Schritt halten. Als Fernziel haben wir uns die Aufgabe gestellt, das Wachstumstempo unserer Wirtschaft über den Bundesdurchschnitt hinaus zu steigern.

47. Der Preisentwicklung gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Obgleich die Bundesrepublik international zu den Ländern mit den geringsten Preissteigerungen zählt, wissen wir, daß immer die Arbeitnehmer die Hauptbelastung dieser Entwicklung zu tragen haben. Was wir im Rahmen der Berliner Wirtschafts- und Finanzpolitik tun konnten, haben wir durch anti-zyklische Politik der öffentlichen Hand getan.

### II. Berlin-Förderung

48. Gewichtige Nachteile, die sich aus der Lage Berlins sowohl für Arbeitnehmer als auch Unternehmungen ergeben, werden durch Förderungsmaßnahmen des Bundes ausgeglichen. Auf Initiative und Drängen der Sozialdemokraten im Bund und in Berlin wurde im Bundestag durchgesetzt, daß die Bundesgesetzgebung, die bisher der Hilfe für die Berliner Wirtschaft galt, in eine Förderung der Wirtschaft Berlins umgewandelt wurde. Das ist nicht nur Wechsel eines Aushängeschildes, das ist ein Programm.

49. Ab 1. Januar 1971 wurden die Arbeitnehmerpräferenzen wesentlich verbessert. An die Stelle der Lohnsteuerpräferenz von 30 Prozent und der Arbeitnehmerzulage – gestaffelt bis zu 5 Prozent des Bruttolohnes – ist eine Arbeitnehmerzulage einheitlich in Höhe von 8 Prozent des Bruttolohnes getreten. Die Arbeitnehmerpräferenzen sind durchschaubarer geworden. Darüber hin-

aus sind sie familiengerechter, da sie vor allem Verheiratete mit Kindern begünstigen.

50. Die umsatzsteuerlichen Maßnahmen zur Förderung des Absatzes der Berliner Wirtschaft sind wesentlich verbessert und erweitert worden. Hierzu gehören vor allem die Einbeziehung bestimmter Dienstleistungen in die Umsatzsteuervergünstigungen, die Ausdehnung der Präferenzen auf werksinterne Lieferungen sowie die Einführung von Wertschöpfungselementen als strukturelle Maßnahme zur weiteren Förderung der industriellen Entwicklung Berlins. Das Berlin-Förderungsgesetz ist zeitlich unbefristet und schafft damit die Voraussetzungen für gesicherte mittel- und längerfristige Dispositionen.

51. Mit dem Gesamtsystem von Förderungsmaßnahmen, das uns jetzt nach den wichtigen Ergänzungen und Verbesserungen zur Verfügung steht, gehen wir wirtschaftspolitisch gut gerüstet in die siebziger Jahre. Die Sozialdemokraten im Bund und in Berlin werden die Entwicklung weiter sorgfältig beobachten. Sie werden insbesondere dafür sorgen, daß das heute zugunsten Berlins bestehende Förderungsgefälle nicht verringert wird. Sie werden ferner nicht zögern, Maßnahmen zu überprüfen und weiter zu verbessern, wenn die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen das erforderlich machen.

52. Die bisherigen wirtschaftspolitischen Erfolge für Berlin sind nicht zuletzt das Ergebnis einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen dem sozialdemokratisch geführten Senat und der Berliner Wirtschaft, insbesondere mit ihren Selbstverwaltungsorganen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik wird auch in Zukunft den engen Kontakt zur Berliner Wirtschaft halten.

### III. Der Arbeitsplatz Berlin

53. Zu den wichtigsten Aufgaben sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in Berlin gehört die Vollbeschäftigung. Es ist unser Ziel, Arbeitsplätze langfristig zu sichern.

54. Mit der Vollbeschäftigung ist für die Wirtschaft Berlins ein Problem in den Mittelpunkt gerückt: Die Wachstumsmöglichkeiten der Industrie werden durch den Mangel an Arbeitskräften gebremst. Hier wirkt sich die Tatsache aus, daß die Altersstruktur in Berlin nicht günstig ist. Wir sind darauf angewiesen, auswärtige Arbeitskräfte zu gewinnen. Die Arbeitnehmerpräferenzen sind deshalb ein Eckpfeiler jeder Berlin-Förderung.

55. Unsere Werbung, verbunden mit dem Hinweis auf die attraktiven Bedingungen der Arbeitsaufnahme in Berlin, hat es ermöglicht, daß 1969 über 30 000 Arbeitnehmer aus dem Bundesgebiet nach Berlin kamen. Das ist eine Steigerung gegenüber 1968 um über 65 Prozent. Von Januar bis August 1970 haben über 23 000 dieser Arbeitnehmer in Berlin Arbeit aufgenommen; das bedeutet erneut eine Steigerung gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahre 1969 um fast 29 Prozent.

56. Die ausländischen Arbeitnehmer leisten einen erheblichen Beitrag zu unserem Wohlstand. Ihre Betreuung und Beratung wird verstärkt. Unsere Hilfe darf nicht nur finanzieller Art sein, sondern muß insbesondere die Bereitschaft zum Verständnis für ihre Probleme beinhalten.

57. Unser Ziel, Industriebetriebe mit zukunftsreicher Fertigung und modernsten Fertigungsmethoden in Berlin anzusiedeln, dient auch dem Zweck, interessante Arbeitsplätze zu schaffen und bessere Aufstiegschancen für die Arbeitnehmer zu gewährleisten.

58. Die Anziehungskraft Berlins wäre noch größer, wenn die Löhne und Gehälter in allen Industriezweigen voll den Arbeitnehmereinkommen in den anderen Ballungsgebieten der Bundesrepublik entsprechen würden. Wir haben die Gewerkschaften immer in ihren Bemühungen unterstützt, das in einzelnen Bereichen noch existierende Lohngefälle auszugleichen. Wir wissen, daß diese Fragen die Tarifpartner – Gewerkschaft und Arbeitgeber – autonom zu regeln haben. Die notwendige Stabilität des Arbeitskräftepotentials erfordert, daß hier etwas geschieht. Berlin darf kein Naturschutzpark der Lohnpolitik sein.

59. Die Sozialdemokraten sind mit den Gewerkschaften aus Tradition, Erfahrung und Überzeugung freundschaftlich verbunden. Die Gewerkschaften sind ein wesentlicher Träger des Fortschritts in unserer Gesellschaft. Wir sind der Auffassung, daß zum Staatsbürger der gleichberechtigte Wirtschaftsbürger gehört, und treten dafür ein, daß die qualifizierte Mitbestimmung auf der Grundlage der Parität in der Wirtschaft durchgesetzt wird.

60. Die Sozialdemokraten haben in Berlin ein modernes und vorbildliches Personalvertretungsgesetz geschaffen und damit die

Mitbestimmung im öffentlichen Dienst erweitert. Wir werden darüber hinaus die paritätische Mitbestimmung in Eigenbetrieben und Eigengesellschaften des Landes Berlin einführen.

61. Auf Initiative und Drängen der Sozialdemokraten sind drei wichtige Gesetze zum Nutzen der Arbeitnehmer verabschiedet worden. Das Berufsbildungsgesetz ist ein wichtiger Durchbruch zur Modernisierung der beruflichen Bildung. Das Ausbildungsförderungsgesetz unterstützt mit Beträgen zwischen 150 und 320 DM monatlich während der Schulausbildung die Jugendlichen, deren Eltern über ein nicht ausreichendes Einkommen verfügen. Das Arbeitsförderungsgesetz ermöglicht die berufliche Fortbildung, Umschulung und die Wiedereingliederung in den Beruf bei gleichzeitiger Zahlung von Unterhaltsgeldern. Dieses Gesetz ist auch eine besondere Starthilfe für Frauen, die nach Berufsunterbrechung wieder arbeiten wollen.

62. Mit der Anhebung der Versicherungspflicht und der Beitragsbemessungsgrenze der Krankenversicherung für Angestellte ab 1. Januar 1971 und ihrer Dynamisierung wird von Sozialdemokraten mehr soziale Sicherheit verwirklicht. Dem gleichen Ziel dient auch die Einbeziehung der Schüler und Studenten in die gesetzliche Unfallversicherung.

63. Sozialdemokraten im Bund und Berlin wollen die Bildung von Vermögen in Arbeitnehmerhand stärker fördern. Deshalb wurde der begünstigte Sparbetrag von 312 DM auf 624 DM verdoppelt. Ab Januar 1971 treten weitere Verbesserungen in Kraft.

64. Wir haben in Berlin das „Gesetz zur Förderung der Teilnahme an Bildungsveranstaltungen“ geschaffen, das Arbeitnehmern bis zum vollendeten 21. Lebensjahr für zehn Arbeitstage im Jahr – unter Weiterzahlung der Bezüge und ohne Anrechnung auf den Jahresurlaub – die Möglichkeit gibt, sich weiterzubilden. Darüber hinaus bereiten Sozialdemokraten auf Bundesebene eine entsprechende Regelung für Arbeitnehmer vor, die keine Altersbegrenzung kennt.

### IV. Ausbau der Industrie

65. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Berliner Industrie bleibt vorrangig. Das Tempo der industriellen Investitionstätigkeit ist die Schlüsselgröße für das Tempo des gesamten Wirtschaftswachstums in Berlin. Die Investitionsförderung muß sich erstrecken auf die Verbesserung der Leistungsfähigkeit bestehender Betriebe, den Ausbau bestehender Betriebe und die Neuansiedlung von Industriebetrieben. Die Industrielandvergabe wird stärker als bisher auf dem Wege des Erbbaurechts und über Pachtverträge vorgenommen werden.

66. Berlin muß wieder eine stärkere Bedeutung als Ort überregionaler Dienstleistungen erhalten. Diese Entwicklung wird durch das Berlin-Förderungsgesetz unterstützt. Es gilt, auch diesen Wirtschaftsbereich weiter zielstrebig auszubauen: Wir werden intensiv darauf hinarbeiten, Berlin wieder zu einem Dienstleistungs- und Handelsplatz von internationaler Bedeutung werden zu lassen.

67. Die Leistungsfähigkeit muß insbesondere auch in Betrieben des Mittelstandes verbessert werden. Wir werden auf dem eingeschlagenen Weg der verstärkten Förderung des mittelständischen Bereichs der Berliner Wirtschaft weiter vorangehen, um ihm auch künftig einen angemessenen Platz im wirtschaftlichen Gefüge Berlins zu sichern.

### V. Innerdeutscher Handel und Osthandel

68. Der Handel mit der DDR, mit der Sowjetunion und mit den übrigen Ländern der östlichen Welt hat sich in den zurückliegenden Jahren ausgeweitet; der Warenaustausch mit der DDR stieg von 400 Mill. DM im Jahre 1967 auf 507 Mill. DM im Jahre 1969. Der Außenhandel mit den Ländern der östlichen Welt stieg von 186 Mill. DM auf 286 Mill. DM. Die Kooperation von West-Berliner Firmen mit osteuropäischen Firmen macht Fortschritte. Wir sehen den weiteren Ausbau des wirtschaftlichen Austausches mit der DDR und insbesondere Osteuropa als wichtige Aufgabe an. Wir wissen zugleich, daß keine spektakulären Ergebnisse zu erwarten sind und stellen mit aller Deutlichkeit fest: Die Ausweitung des wirtschaftlichen Austausches in Richtung Osten ist nur möglich auf der Grundlage der engen wirtschaftlichen Verbindungen und Verflechtungen mit dem Bundesgebiet, dem Gemeinsamen Markt, zu dem Berlin gehört, und mit der übrigen westlichen Welt. Für diese gewachsenen wirtschaftlichen Bindungen gibt es keinen Ersatz.

69. Wir treten dafür ein, daß die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ständig überprüft, welche Aufgaben unserer Stadt im Rahmen der Wirtschaftsbeziehungen zu den Mitgliedsstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) zusätzlich übertragen werden können. Wenn die EWG ein eigenes Osthandelsbüro schafft, dann sollte es seinen Platz in Berlin haben.

## VI. Kongresse und Konferenzen

70. Berlin hat als Stadt für Kongresse und Ausstellungen ständig an Bedeutung gewonnen. Seine Attraktivität wird noch gesteigert werden. 1965 lag Berlin unter den internationalen Kongreßstädten an 20. Stelle, 1969 war sie an die 10. Stelle aufgerückt. Während 1967 in Berlin 34 Tagungen mit jeweils über 500 Teilnehmern stattfanden, waren es 1970 49; während 1967 16 internationale Kongresse und Tagungen in Berlin durchgeführt wurden, waren es 1970 schon 42. Viele wissenschaftliche, technische, kulturelle, nationale und internationale Vereinigungen führen in Berlin ihre Tagungen und Kongresse durch.

71. Zum 1. Januar 1971 wurde die Aufgabe, Messen und Ausstellungen durchzuführen, einer gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft unter Mehrheitsbeteiligungen des Landes Berlin, der AMK, übertragen. Sie soll zentralisiert allen Erfordernissen einer Entwicklung gerecht werden, die im Wettbewerb mit anderen Messestädten Schritt halten kann. Dazu ist der Bau des Kongreßzentrums am Messedamm notwendig. Das Kongreßzentrum wird dem Standard entsprechen, der heute international erwartet wird. Es wird voraussichtlich im Jahre 1976 fertiggestellt sein. Schon ab 1971 stehen Ausstellungshallen am Funkturm zusätzlich zur Verfügung.

72. Jedes Jahr finden im internationalen Rahmen die Grüne Woche, die Industrieausstellung und seit 1970 als eigene Veranstaltung die Überseeimportmesse „Partner des Fortschritts“ statt. Mit der 1971 erstmals im internationalen Rahmen stattfindenden Funkausstellung und mit der „EXPO DESIGN“ Berlin im Jahre 1972 bereiten wir zwei international besonders bedeutende Ausstellungen vor.

73. Die Entwicklung im Fremdenverkehr führte dazu, daß 1970 annähernd 1 Million Gäste Berlin besuchten, während es 1965 nur 750 000 waren. Entsprechend wurde das Bettenangebot des Beherbergungsgewerbes in Berlin ausgeweitet. Die Stadt verfügte 1965 über 12 000 Betten, heute stehen ca. 15 000 Betten zur Verfügung. Damit liegt Berlin an der Spitze der deutschen Städte.

# Bauen und Wohnen

## I. Mieten und Mieterschutz

74. Dank sozialdemokratischer Initiative wurde bisher die von der damaligen CDU/FDP-Bundesregierung schon für 1963 geplante Einführung des „Weißen Kreises“ in Berlin verhindert. Nach der geltenden Regelung bleiben Mietpreisbindung und Mieterschutz bis Ende 1972 erhalten. Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, daß diese Schutzmaßnahmen darüber hinaus in Berlin so lange erhalten bleiben, wie es die Lage auf dem Wohnungsmarkt und die besondere politische Situation der Stadt erfordern.

75. Wir unterstützen außerdem nachdrücklich die Bemühungen der Sozialdemokraten im Bund, die vertragstreuen Mieter besser als bisher vor ungerechtfertigten Kündigungen zu schützen.

76. Die Berliner SPD wird sich bemühen, das Land Berlin stärker als bisher in die Wohnungsvermittlung einzuschalten. Die öffentliche Wohnungsvermittlung soll nicht nur den Wohnungsnachweis für alle Wohnungen zusammenfassen, auf deren Vergabe das Land Berlin Einfluß nehmen kann, sondern ihre Vermittlungsdienste auch privaten Vermietern zur Verfügung stellen.

77. Wie bisher werden wir auch in Zukunft tragbare Mieten für die breiten Schichten der Berliner Bevölkerung sicherstellen. Aufwendungszuschüsse, die schon jetzt die Miete in den ersten acht Jahren fühlbar verringern, werden den erhöhten Baukosten angeglichen werden.

78. Im sozialen Wohnungsbau sollen für Berlin im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet günstigere Einkommensgrenzen beibehalten werden. Es wird angestrebt, die Einkommensgrenzen für Berechtigte im freifinanzierten Wohnungsbau mit Annuitätzuschüssen auf den dreifachen Betrag der Berliner Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau zu erhöhen. Das 2. Bundes-Wohnungsgeldgesetz 1971 wird günstigere Regelungen als das bisherige Recht bringen.

79. Wir Berliner Sozialdemokraten werden weiterhin beim Bundesgesetzgeber alle Anstrengungen unternehmen, damit das Wohnunggeldverfahren vereinfacht und die Leistungen verbessert werden. Auch die Frage der Zuschüsse zu den Wohnraumkosten der in Ausbildung befindlichen Personen – also auch der Studenten – muß befriedigend gelöst werden.

## II. Wohnungsbau

80. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt weiterhin dem Wohnungsbau. Seit dem Ende der Blockade wurden in Berlin 375 000 neue Wohnungen gebaut, davon allein 330 000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau. Heute verfügt West-Berlin über mehr als 1 000 000 Wohnungen; damit ist die entsprechende Vorkriegszahl bereits weit übertroffen. Märkisches Viertel, Gropiusstadt, die Bebauung des Falkenhagener Feldes und die Rudolf-Wissell-Siedlung an der Heerstraße gehen der Vollendung entgegen. Andere Großbauvorhaben im Süden der Stadt werden folgen. Die Großbauprojekte in Lichtenrade-Ost und an der Sonnenallee mit jeweils rund 6000 Wohnungen werden in Angriff genommen werden.

81. Dennoch stehen noch nicht genügend Wohnungen in ausreichender Qualität zur Verfügung. 123 000 Wohnungen haben weder Bad noch Innentoilette, weitere 153 000 Wohnungen sind bisher ohne Bad. Deshalb werden wir in den nächsten vier Jahren mindestens weitere 75 000 Wohnungen fertigstellen. Darüber hinaus werden wir außerhalb der ausgewiesenen Sanierungsgebiete ein Sonderprogramm für die Modernisierung erhaltungswürdigen Altbaubestandes entwickeln, das zu einer Miete führt, die der im sozialen Wohnungsbau entspricht.

## III. Stadterneuerung

82. Zur Zeit wird im Rahmen des 1. Stadterneuerungsprogramms an der durchgreifenden Sanierung von 56 000 Wohnungen in den innerstädtischen Bezirken Tiergarten, Wedding, Kreuzberg, Charlottenburg, Schöneberg und Neukölln gearbeitet. Bis Ende Juni 1970 konnten insgesamt 6200 Wohnungen im innerstädtischen Bereich frei gemacht werden. Im gleichen Zeitraum (1963 bis Mitte 1970) wurden hier rund 5000 Wohnungen und Behelfsheime abgerissen. Fertiggestellt wurden in dieser Zeit im Rahmen der Stadterneuerung 6600 Wohnungen.

83. In den nächsten 4 Jahren sollen abschnittsweise rund 14 000 sanierungsbedürftige Wohnungen abgerissen oder modernisiert werden. Soziale Härten sind dabei zu vermeiden. Die Beschaffung preisgünstiger Wohnungen für den betroffenen Personenkreis wird gefördert. Zur Beschleunigung der weiteren Sanierung ist neben dem laufenden 1. Stadterneuerungsprogramm ein 2. Stadterneuerungsprogramm in Vorbereitung, mit dessen Durchführung nach Abschluß der planerischen Vorarbeiten ebenfalls begonnen werden wird.

## IV. Verkehrsbauten

84. Der Ausbau des modernen Berliner Verkehrsnetzes geht planmäßig voran. Es steht aber fest, daß die Verkehrsprobleme einer Großstadt wie Berlin nicht allein durch den Ausbau von Straßen zu lösen sind. Zwar muß das Straßennetz auf den Wirtschaftsverkehr einer Weltstadt zugeschnitten sein; Berufs- und sonstiger Personenverkehr erfahren aber entscheidende Erleichterungen durch die Ausweitung und Verdichtung des Netzes der öffentlichen Verkehrsmittel.

Insbesondere wird das auf das Stadtbahnnetz abgestimmte U-Bahn-Netz seit 1953 systematisch ausgebaut. Es wurde bisher um 25 km erweitert. Zur Zeit sind 26,5 km im Bau, und zwar die Strecken Zwickauer Damm – Rudow, Möckernbrücke – Rohrdamm – Spichernstraße – Steglitz sowie Leopoldplatz bzw. Gesundbrunnen – Osloer Straße. Vom Bahnhof Osloer Straße aus wird mit dem Bau der U-Bahn in das Märkische Viertel begonnen werden. 1973 beginnt der U-Bahn-Bau in Spandau, und Mitte der 70er Jahre wird in Steglitz die U-Bahn unter der Schloßstraße fahren.

85. Daneben wird der Ausbau des Schnellstraßennetzes planmäßig weitergeführt. 13 km neugebauter Bundesautobahn sind auf dem Stadtring und auf der Westtangente bereits zu befahren. 12 km sind im Bau, darunter die Autobahn Nord von der Seestraße bis zur Holzhauser Straße. Bis 1975 werden neue Abschnitte des Stadtrings Süd in Tempelhof und Schöneberg, die Fortsetzung der Westtangente in Richtung Stadtmitte und der Bau der Osttangente zwischen dem Stadtring und der Buckower Chaussee, die die Gropiusstadt an das Autobahnnetz anschließt, begonnen sein.

86. Mehrere wichtige Verkehrsknotenpunkte werden schon bald dem Verkehr voll übergeben werden: das Autobahndreieck Funkturm, das Steglitzer Kreuz mit der Überbrückung der Schloßstraße zur Schildhornstraße und die Endstufe der Anschlußstelle Charlottenburg-Nord. Der Ausbau der Bundesallee, die kreuzungsfrei unter der Badenschen und Wexstraße hindurchgeführt wurde, ist abgeschlossen. Die Brandenburgische Straße wird kreuzungsfrei unter dem Kurfürstendamm durchgeführt. Ihre Verlängerung wird Entlastungsstraße für die Wilmersdorfer Straße werden und bis 1972 bis zum Stuttgarter Platz fertig ausgebaut sein. Die Schloßstraße wird 1972 wieder in vollem Umfang benutzbar sein, die Straße Unter den Eichen bis 1975 ausgebaut werden.

87. Die Einrichtung von Fußgängerbereichen und von Spielstraßen wird angestrebt.

88. Besonders notwendig bleibt auch der Ausbau der Altsiedlungsstraßen. Er wird so fortgesetzt, daß es im Jahre 1974 – von wenigen Ausnahmen abgesehen – keine unbefestigten Altsiedlungsstraßen mehr geben wird.

89. Mit dem Ausbau des Flughafens Tegel wurde begonnen. Nach Fertigstellung des 1. Bauabschnitts im Jahre 1974 können dann jährlich etwa 10 Millionen Passagiere auf den Flughäfen Berlins abgefertigt werden. Unabhängig davon ist beabsichtigt, Tegel zum Frachtflughafen auszubauen, und zwar in einer Größe und Leistungsfähigkeit, die ihn in die Spitzengruppe europäischer Frachtflughäfen bringen wird.

# Familie, Jugend und Sport

## I. Familienförderung

90. Die Familie ist häufig nur begrenzt imstande, Kinder ausreichend auf das Leben in einer vielschichtigen und komplizierten Gesellschaft vorzubereiten. Die Fragen der Familie stehen daher auch als Aufgaben vor der Gemeinschaft und bedeuten eine Verpflichtung für den Staat, Hilfen zu gewähren.

91. Durch die Politik der SPD wurde und wird die Familiengründung erleichtert; seit Jahren gibt es als wirkungsvolle Hilfe für junge Ehepaare Einrichtungs- und Familiengründungsdarlehen. Bisher wurden mehr als 132 000 Familiengründungsdarlehen in Höhe von rund 400 Mill. DM und 97 267 Einrichtungsdarlehen im Betrage von 700 Mill. DM gewährt.

92. Die Sozialdemokraten streben im Bundestag eine Reform des ungerechten zweigleisigen Familienlastenausgleichs an. Während das gesetzliche Kindergeld für alle, die darauf einen Anspruch haben, gleich hoch ist, werden durch Steuerfreibeträge die Höherverdienenden bevorzugt. Wir wollen deshalb im Rahmen der geplanten Steuerreform erreichen, daß künftig für jedes Kind der gleiche Satz gezahlt wird.

93. Durch sozialdemokratische Initiative wurde ab 1. September 1970 als Sofortmaßnahme das Kindergeld für jedes dritte Kind erhöht und durch Herabsetzung der Einkommensgrenze von 650 DM auf 1100 DM der Kreis der Bezugsberechtigten für das Zweitkindergeld verdreifacht.

94. In Berlin begann 1969 der Aufbau von Familienberatungsstellen. Dabei wird das wachsende Bedürfnis nach Beratung in Fragen der Lebensbewältigung berücksichtigt. Dieses Förderungsprogramm wird ebenso wie die Hilfe für die Eltern in Erziehungsfragen weiterentwickelt. Wir werden in jedem Bezirk eine zweite Erziehungsberatungsstelle einrichten.

95. Berlin ist beispielhaft tätig auf dem Gebiet der Kinder-, Jugend- und Familienerholung. 1969 nahmen 74 400 Kinder und Jugendliche an Programmen im In- und Ausland teil. 1970 waren am Familienerholungsprogramm rund 5000 Familien mit rund 20 000 Angehörigen beteiligt.

## II. Spielplätze, Kindergärten, Kindertagesstätten

96. Spielplätze gehören in die Nähe der Wohnungen. Wir werden deshalb die Bauordnung so umgestalten, daß bei Neubauten und wo möglich, auch bei Altbauten ausreichend Spielraum für alle Kinder geschaffen wird. Die Zahl der städtischen Spielplätze hat sich von 1967 bis 1970 von 661 auf 742 erhöht. Bis 1975 werden wir die Zahl der öffentlichen Spielplätze verdoppeln. Besonderes Augenmerk wird dabei den Spielplätzen geschenkt, die pädagogisch betreut werden.

97. Die Wünsche vieler Eltern, ihnen bei der Erziehung der Kinder im Vorschulalter zu helfen, wurden bisher durch Modelle in der Form von Eltern-Kinder-Gruppen und durch die Einrichtung von Miniklubs und Spielkreisen unterstützt. Zur Zeit werden allein 50 Eltern-Kinder-Gruppen gefördert. Dieses Programm wird bis 1975 mindestens verdreifacht.

98. Im Rahmen der grundlegenden Neuordnung unseres Bildungssystems ist die Erziehung der Kinder vor dem schulpflichtigen Alter von besonderer Bedeutung. Zur Zeit stehen für die drei- bis vierjährigen Kinder rund 12 000 Kindergartenplätze zur Verfügung, also für jedes vierte Kind ein Platz. Dieses Angebot wird von uns bis 1975 verdoppelt und bis 1980 verdreifacht. Es ist unser Ziel, jedem Kind vom dritten Geburtstag an bis zum Schulantritt einen Platz anzubieten. Im Kindergarten soll bereits vor der Schule die familiäre Erziehung der Drei- und Vierjährigen unterstützt werden. Die vorschulische Erziehung für 5jährige Kinder als Teil der zweiten Bildungsstufe wird weiter entwickelt. Bisher steht für jedes zweite Kind dieses Alters ein Platz in einer Vorschulgruppe des Kindergartens oder in einer Vor-Klasse der Schulen zur Verfügung. Bis 1975 werden wir ein Platzangebot für 75 Prozent aller 5jährigen schaffen.

99. Seit 1967 wurden rund 100 Kindertagesstätten mit mehr als 10 000 Plätzen neu errichtet. Das sind mehr Plätze, als in den 10 Jahren zuvor geschaffen werden konnten. Diese Zahlen machen deutlich, daß der Bau von Kindertagesstätten zu den Schwerpunkten unserer Politik gehört. Insgesamt stehen 1971 über 40 000 Plätze zur Verfügung. Dieses Tempo im Bau von Kindertagesstätten wird beibehalten, insbesondere, um allen Kindern bessere Bildungschancen zu eröffnen und das soziale Bildungsgefälle bereits frühzeitig auszugleichen und nicht zuletzt, um den berufstätigen Eltern die Sorge um die pädagogische Betreuung ihrer Kinder abzunehmen. Im Zuge der Entwicklung des Baus von Kindertagesstätten wird das derzeitige Typenprogramm den neuesten pädagogischen Erkenntnissen und den Möglichkeiten moderner Bautechnik angepaßt.

100. Auch pädagogisch wird das Angebot in unseren Kindertagesstätten weiter verbessert werden, obwohl Berlin bereits jetzt bei weitem an der Spitze liegt. Die langfristige Forderung des Deutschen Bildungsrates, eine Kindergärtnerin für 15 Kinder, ist in Berlin bereits verwirklicht.

## III. Sportstättenbau

101. Wir haben den Goldenen Plan der Deutschen Olympischen Gesellschaft von Anfang an begrüßt und sind bestrebt, seine Ziele zu verwirklichen. Wir setzen uns daher für einen verstärkten Sportstättenbau ein. Während der letzten 5 Jahre wurde u. a. eröffnet:

- 89 Schulturnhallen (heute insgesamt 392),
- 10 Sporthallen und Großturnhallen (heute insgesamt 392),
- 3 Hallenbäder (heute insgesamt 15),
- 1 Kunsteisbahn (heute 2),
- 1 Regattastrecke (heute 2) sowie
- 1 Übungsleiterschule.

102. Das erste Bäderbauprogramm ist abgeschlossen. Im zweiten Bäderbauprogramm werden bis 1975 fünf (davon drei kombinierte) Hallenfreibäder der Öffentlichkeit übergeben.

## IV. Jugendförderung

103. Berlin unterstützt aktiv die Idee der Verständigung und Begegnung zwischen jungen Menschen aller Völker. An der

Verwirklichung eines Jugendwerks für ganz Europa wird von uns führend mitgearbeitet. Wir werden uns besonders dafür einsetzen, daß ein entsprechendes Programm für Begegnungen zwischen jungen Menschen aus Israel und aus Polen geschaffen wird.

104. In den letzten vier Jahren nahmen im Rahmen der Jugendbildungsarbeit an Kursen der politischen Bildung 100 000 junge Menschen teil. Die SPD betrachtet es als ihre Aufgabe, die Jugend zum politischen Engagement zu ermutigen und zur Verständigung zwischen den Generationen beizutragen.

105. Wir sind stolz darauf, daß Berlin in kommunaler Regie über hundert Jugendfreizeitstätten besitzt. Die jugendpflegerische Arbeit in diesen Einrichtungen muß den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen der Jugend angepaßt werden.

## Alter und Gesundheit

106. Der hohe Anteil älterer Mitbürger an der Gesamtbevölkerung unserer Stadt verlangt von uns in weitaus größerem Umfang als in anderen Bundesländern die Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben. Wir Sozialdemokraten haben uns diesen Aufgaben stets gestellt. Die Sorge um unsere älteren Mitbürger wird auch in Zukunft ein bestimmendes Element unserer Politik sein.

### I. Praktische Altenhilfe

107. Unsere älteren Mitbürger sind Teil der Gesellschaft; sie stehen nicht außerhalb. Wir ermöglichen jährlich etwa 20 000 älteren Menschen mit geringem Einkommen dreiwöchige Erholungsreisen. Wir fördern in den 85 vorhandenen Altentagesstätten, Altenklubs und Nachbarschaftsheimen die Kontakte älterer Menschen untereinander und mit der Jugend. 20 weitere Begegnungstätten dieser Art sind geplant.

108. Es werden Arbeitskreise aus ehrenamtlich in der Sozialarbeit stehenden Bürgern gebildet. Sie erhalten die Aufgabe, den älteren Mitbürgern die neuesten Erkenntnisse der praktischen Altenhilfe nutzbar zu machen, ihre Kontakte zur Umwelt zu fördern und ihre mitmenschlichen Beziehungen zu vertiefen.

109. Ältere brauchen besondere Hilfe, wenn sie krank oder pflegebedürftig sind. In Berlin stehen für diese Aufgabe mehr als 2000 Pflegekräfte zur Verfügung. Das aber reicht noch immer nicht aus – es müssen weitere Betreuer für diese Aufgabe in unserer Gemeinschaft gewonnen und besser als bisher ausgebildet werden.

110. Ältere Menschen brauchen unseren Rat. Wir werden uns dafür einsetzen, daß sie in allen Rechtsfragen des täglichen Lebens, insbesondere im Miet- und Versicherungsrecht, noch umfassender als bisher beraten werden.

111. Unsere Politik hat zum Ziel, die Aktivfunktion älterer Menschen in der Gesellschaft zu erhalten. Wir erstreben die Errichtung eines Zentrums für Altersfragen in Berlin, das alle damit zusammenhängenden Fragen auf breiter Ebene erforscht.

### II. Altenwohnheime und Altenheime

112. Im Bau von Altenwohnheimen und Altenheimen ist Berlin nicht nur wegen der hohen Altersdichte führend, sondern aus sozialer Verpflichtung.

113. Wir haben ständig neue Altenwohnheime errichtet. 1967 gab es 43 mit 4600 Wohneinheiten, 1970 bereits 63 mit 7300 Wohneinheiten. 1971 werden weitere 18 Altenwohnheime mit 2300 Wohneinheiten fertiggestellt sein. Dem Bedarf entsprechend, werden wir in der Zukunft noch 10 000 Wohneinheiten errichten.

114. Viele unserer Altenheime müssen modernisiert werden; Mehrbettzimmer müssen in Einzelzimmer umgewandelt werden, um ein würdevolleres Wohnen zu ermöglichen. Die vorhandenen rund 9000 Bettplätze werden in den nächsten Jahren um weitere 1000 erhöht.

115. Privat-gewerbliche Altenheime, Altenwohnheime und Pflegeheime werden in Berlin seit dem 1. Januar 1968 ständig amtlich überwacht. Damit hat Berlin als erstes Bundesland dem Schutzbedürfnis seiner Mitbürger und ihrem Recht auf angemessenes Wohnen Rechnung getragen. Die gesetzlichen Möglichkeiten zur Überwachung müssen weiter ausgebaut werden.

### III. Behinderte

116. In Berlin leben 150 000 behinderte Menschen. Die Berücksichtigung ihrer Belange in allen Lebensbereichen, nicht zuletzt auch in der Schule, bei der Berufsausbildung, dem Wohnungsbau und im Verkehr, ist uns eine besondere Verpflichtung.

117. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die auf eine umfassendere Rehabilitation der Behinderten ausgerichtet sind. Die Berliner Werkstätten für Behinderte sind hierfür ein Beispiel.

118. Durch das „Dritte Gesetz zur Änderung des Blinden- und Hilflosen-Pflegegeldgesetzes“ ist in Berlin eine wesentliche Verbesserung für die Betroffenen erreicht worden. Es wurden die Pflegesätze erhöht, eine Erweiterung der Pflegegeldstufen eingeführt und eine Gleitklausel geschaffen, die künftig eine gleichzeitige Anhebung der Pflegegeldsätze bei einer entsprechenden Entwicklung des Bundesversorgungsgesetzes sicherstellt.

### IV. Renten

119. Auf Initiative und Drängen der Sozialdemokraten im Bund und in Berlin wurden Fortschritte in der Sicherstellung der Rentner erreicht, die sich entscheidend gerade auch in Berlin auswirken.

120. Wir haben alle Versuche, die dynamische Rente wieder abzuschaffen, erfolgreich abgewehrt; sie ist auf Dauer gesichert. Die jährliche Rentenerhöhung wird so rechtzeitig festgesetzt und bekanntgegeben, daß die erhöhten Renten zu Beginn eines jeden Jahres ohne Verzug ausgezahlt werden können.

Die Versicherungspflicht in der Krankenversicherung wurde für alle Rentenempfänger eingeführt und die Beiträge der Rentner zur Krankenversicherung abgeschafft.

Von 1965 bis zum 1. Januar 1971 haben sich die Renten um rund 41 Prozent erhöht.

Die Leistungen in der Kriegsopferversorgung wurden erhöht und dynamisiert.

Es ist das Ziel der Sozialdemokraten, die flexible Altersgrenze für das Ausscheiden aus dem Beruf einzuführen.

121. Noch immer bedürfen 26 000 ältere Bürger einer finanziellen Hilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz. Es muß sichergestellt bleiben, daß diese Hilfen den gestiegenen Ansprüchen der Gesellschaft und Lebenshaltungskosten weiter angepaßt werden.

### V. Gesundheitsvor- und -fürsorge

122. Zivilisation und Technik setzen den Menschen heute vielfachen gesundheitlichen Gefährdungen aus, die nicht nur unsere, sondern auch künftige Generationen bedrohen. Deshalb hat die moderne und vorsorgende Gesundheitspolitik Voraussetzungen zu schaffen, die es jedem Menschen ermöglichen, gesund zu leben oder bei Krankheit, soweit es durch Wissenschaft und ärztlicher Kunst möglich ist, Heilung oder Besserung zu finden.

123. Die notwendigen Einrichtungen für eine bessere Gesundheitsvor- und -fürsorge zu schaffen und ständig weiterzuentwickeln, ist wichtiger Bestandteil unserer Gesundheitspolitik. Säuglings-, Kleinkinder- und Schulfürsorge, Geschwulst- und Tuberkulosebekämpfung, Beratung Suchtkranker – um nur einige Beispiele zu nennen – sind staatliche Leistungen, die der Gesunderhaltung des Bürgers dienen. Die sogenannten Zivilisationskrankheiten müssen rechtzeitig erkannt und umfassend bekämpft werden. Dazu wird die Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung verstärkt werden.

124. Der Schutz am Arbeitsplatz muß ausgebaut werden. Dazu hat die Akademie für Arbeitsmedizin in Berlin Beiträge geleistet, die weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Beachtung gefunden haben.

## VI. Krankenhäuser

125. Nie zuvor wurde in Berlin ein Krankenhausprogramm so umfassend verwirklicht wie in der Zeit von 1967 bis 1971. Das Klinikum Steglitz ist die modernste Klinik in Europa, dort wurde ein Zentrum der Lehre und Forschung sowie der praktischen Krankenhausbehandlung eröffnet, das international anerkannt ist. In Kreuzberg wurde das Krankenhaus „Am Urban“ vollendet und in Betrieb genommen.

126. Es entstanden weiterhin: im Tempelhofer Wenckebach-Krankenhaus eine Chirurgie, im Tiergartener Krankenhaus Moabit ein Röntgeninstitut, in Neukölln eine Kinderklinik, im Schöneberger Auguste-Viktoria-Krankenhaus eine Geburtshilfe und Gynäkologie, im Krankenhaus Westend eine Kopfklinik, in Heckeshorn ein Hospital-Bettenhaus, im Zehlendorfer Behring-Krankenhaus ein Neubau für Pathologie, im Weddinger Rudolf-Virchow-Krankenhaus ein Institut für Nuklear-Medizin, eine Abteilung für Strahlenmedizin sowie eine Abteilung für chronisch Kranke.

127. Seit 1966 wurden allein 260 Millionen DM investiert, um Krankenanstalten zu modernisieren. Bettenraum wurde zusätzlich geschaffen; während es Anfang 1967 rund 31 800 Krankenhausbetten gab, sind es heute 35 000; bis 1973 wird die Zahl der Krankenhausbetten in Berlin auf 36 000 ansteigen.

128. Wir streben im gesamten Stadtgebiet eine möglichst ausgewogene Bettendichte an. Die neuen Wohngebiete werden dabei berücksichtigt. Der Ausbau der Krankenhäuser erfolgt schwerpunktmäßig.

129. Zur Durchsetzung einer Strukturreform in allen Berliner Krankenhäusern, die die Bildung kleiner, überschaubarer Fachabteilungen, die Beteiligung aller im Krankenhaus Tätigen an Entscheidungsprozessen, die nicht unmittelbar das Arzt-Patienten-Verhältnis berühren und eine Organisation der Betriebs- und Arbeitsabläufe nach wissenschaftlichen Grundsätzen zum Ziel hat, wird ein Krankenhausgesetz erarbeitet.

130. Der Krankenhausaufenthalt sollte im Interesse des Patienten so kurz wie nötig sein; deshalb streben wir an, die Diagnostik vor der stationären Aufnahme durchzuführen und den Akutbettenraum durch die verstärkte Bereitstellung von Betten für chronisch Kranke zu entlasten.

131. Im Interesse einer guten Betreuung aller Mitbürger ist die Integration im Gesundheitswesen voranzutreiben. Voraussetzung dafür ist eine noch bessere Koordinierung aller im Gesundheitswesen Tätigen – sei es, daß sie in der stationären oder ambulanten Behandlung oder in der Vor-, Für- oder Nachsorge mitarbeiten. Dabei sind alle Maßnahmen zu unterstützen, die einen möglichst hohen Stand der Aus- und Weiterbildung anstreben.

## Freizeitwert Berlins

### I. City und Erholungsgebiete

132. Der besondere Freizeitwert Berlins besteht in der glücklichen Verbindung von Freizeitmöglichkeiten in der City und den Vorteilen, die Berlin als Stadt im Grünen bietet. Insoweit verfügt Berlin auch unter den gegenwärtigen Bedingungen über einen natürlichen Vorsprung gegenüber den meisten anderen Großstädten und Ballungsgebieten. Diesen Vorsprung gilt es zu halten und auszubauen.

133. Die Palette kultureller Veranstaltungen ist in den vergangenen Jahren erheblich ausgeweitet worden. Theater, Musikbühnen, Kabarets und Bibliotheken sowie zahlreiche Sonderveranstaltungen, die den Ruf Berlins als Kulturzentrum gefestigt haben, werden auch in Zukunft als Mittel der sinnvollen Freizeitgestaltung unsere volle Unterstützung finden.

134. Daneben legen wir Wert auf den Ausbau Berlins als Unterhaltungs- und Einkaufszentrum, das für Berliner und Besucher gleichermaßen attraktiv sein muß. Auf diesem wie auf kulturellem Sektor wird das Außergewöhnliche den Maßstab bilden müssen. Deswegen finden auch Spezialprogramme wie „Weltstadt in action“, die den Freizeitwert Berlins nach innen und außen steigern, unsere besondere Förderung.

135. Gleichrangig daneben steht der Ausbau der Erholungsgebiete. Berlin ist von Natur her reich an Frei- und Grünflächen, an Seen und Gewässern. 16 Naturschutzgebiete, 235 Naturdenkmäler und 35 Landschaftsschutzgebiete bilden den Kern unserer Bemühungen um die Erhaltung der Natur. Hinzu kommen unsere Anstrengungen, die sonstigen Grün- und Waldflächen zu erhalten bzw. neue anzulegen. Die Fläche der Dauerkleingärten wurde seit 1949 verdreifacht. Sie beträgt jetzt 430 ha.

136. Die Ufer der Flüsse, Seen und Kanäle in Berlin werden für die gesamte Bevölkerung erschlossen. Bei einer Uferlänge von insgesamt 290 km wurden bis heute 145 km Ufergrün mit Wanderwegen angelegt. Planungsziel sind 190 km grüne Ufer.

137. Aus den acht Trümmerbergen wurden zusätzliche Erholungs- und Sportanlagen. Der Trümmerberg am Teufelsberg ist zum Wintersportzentrum der Berliner geworden. Die Anlage wird bis spätestens 1975 endgültig fertiggestellt sein, ebenso die Grünflächen auf der Rudower Höhe; die Grünzüge im Märkischen Viertel und in der Gropiusstadt werden bis 1972 voll zur Verfügung stehen.

138. Um die zahlreichen Gewässer in Berlin als Erholungs- und Sportgebiete vor der Gefahr der Verschmutzung zu schützen, müssen in Zukunft besondere Anstrengungen unternommen werden. Ein erster Schritt ist mit der Reinhaltungsverordnung von 1965 getan worden. Auch bei der Planung und dem Bau von Klärwerken wird diesem Gesichtspunkt besondere Beachtung geschenkt.

### II. Umweltschutz

139. Schutzmaßnahmen gegen gesundheitsschädigende Umwelteinflüsse werden verwirklicht. Der Kampf für die Reinhaltung von Luft und Wasser, Lärmfreiheit und verbesserte Lebensmittelhygiene wird verstärkt vorangetrieben.

140. Unser Grundsatz für Umweltschutzmaßnahmen lautet: Was gesundheitlich notwendig und technisch durchführbar ist, muß wirtschaftlich und finanziell ermöglicht werden. Berlin ist z. B. in der Abfallbeseitigung durch den Erlaß eines modernen Stadtreinigungsgesetzes beispielgebend gewesen. Der nächste Schritt besteht darin, Industrie, Handwerk und Handel davon zu überzeugen, daß bei Produktion und Vertrieb aller Produkte künftig bedacht werden muß, was mit den Rückständen geschehen kann und soll.

141. Aus unserer Verantwortung für die nächsten Generationen folgt, daß auf dem Gebiet des Umweltschutzes strengste Maßstäbe angelegt werden müssen. Egoistische Zielsetzungen einzelner Gruppen müssen hinter die Interessen der Gesamtheit zurücktreten. Die Berliner Sozialdemokraten werden sich auf Bundes- und Landesebene für die diesen Grundsätzen entsprechenden gesetzgeberischen Maßnahmen einsetzen. So lange die Lärmbelastigung nicht ausreichend an der Quelle bekämpft werden kann, werden wir mit verstärkten Anstrengungen versuchen, ihre Auswirkungen soweit wie möglich einzudämmen. Wir werden die Lärmschutzmaßnahmen in den besonders betroffenen Miethäusern weiter beschleunigen und öffentliche Einrichtungen in diese Maßnahmen einbeziehen.

### III. Breiten- und Leistungssport, Begegnungsstätten

142. Zum Freizeitwert Berlins zählt auch die besondere Pflege, die den Sportveranstaltungen sowie dem Breiten- und dem Leistungssport zuteil wird.

143. Wir treten dafür ein, daß mehr nationale und internationale Sportveranstaltungen in Berlin stattfinden. Dafür sind bisher Ausfallbürgschaften in erheblicher Höhe gegeben worden. Wir erstreben auch hier eine Ausweitung. Ziel bleibt, Berlin zu einem internationalen Sportverkehrszentrum zu machen.

144. Für den Leistungssport hat Berlin als erstes Bundesland ein Programm zur Schaffung zentraler Anlagen des Leistungssports geschaffen. 12 Anlagen für das zentrale Training der Berliner Spitzensportler sind im Bau oder in der Planung bis 1973 enthalten. Alle olympischen Sportarten werden ein derartiges Leistungszentrum erhalten. Inzwischen sind 29 Verbandstrainer, davon 12 hauptberuflich, tätig.

145. Die moderne Freizeitgesellschaft gibt aber auch dem Breitensport neue Entwicklungsmöglichkeiten. Wir werden dafür sorgen, daß die Spiel- und Sportplätze allmählich allen Bür-

gern – mögen sie einem Verein angehören oder nicht – zugänglich gemacht werden. Das Programm „Freizeit und Erholung“ wird sinnvoll ausgebaut werden.

146. Der Freizeit und Erholung werden auch die Begegnungstätten dienen, die die SPD vor allem in Neubaugebieten schaffen läßt, um den Bürgern Kontaktmöglichkeiten zu bieten, die anderweitig nicht gegeben sind. Die Planung sieht den Ausbau derartiger Zentren binnen der nächsten zehn Jahre vor.

# Ausbau und Schutz unserer Demokratie

## I. Freiheit und Ordnung

147. Die Berliner SPD bekennt sich zum Anspruch der von Willy Brandt geführten Bundesregierung, mehr Demokratie zu wagen. Demokratie auszubauen, bedeutet, dem Bürger mehr Rechte und unmittelbaren Einfluß im parlamentarischen Staat zu sichern.

Diesem Ziel dient

unsere Entscheidung, Parlamentsausschüsse künftig öffentlich tagen zu lassen,

die von uns eingeleitete Stärkung der bezirklichen Selbstverwaltung,

die verbesserte Mitbestimmung in der Verwaltung und den städtischen Betrieben,

die verstärkte Mitwirkung von Eltern, Schülern und Studenten in Schule und Hochschule.

148. Je freier der einzelne in der Gemeinschaft ist, desto stärker kommt auf ihn die Verantwortung zu, sein Handeln bestimmen zu lassen durch die Rücksicht auf andere. So sehr wir das Recht des einzelnen auf Freiheit ausbauen wollen, so klar und deutlich ist zugleich unser Ziel, jeden Mißbrauch dieser Freiheit, jeden Mißbrauch unserer Verfassung mit allen gesetzlichen und angemessenen Mitteln zu bekämpfen.

149. Demokratie ohne Konflikte kann es nicht geben. Konflikte, solange sie offen, fair und ohne Gewalt ausgetragen werden, sind Motor für Reform und Verbesserung unseres Systems. Wir sagen ja zu diesen Reformen, aber wir sagen nein zur Zerstörung der Demokratie.

150. Freiheit und Ordnung sind unlösbar miteinander verbunden. Wer diesen Grundsatz anerkennt, wird unsere Unterstützung haben. Wer diesen Grundsatz mißachtet, wird sich mit uns auseinandersetzen müssen. Im Interesse des einzelnen und der Gesamtbevölkerung werden wir allen Bestrebungen links- und rechtsextremer Kräfte, die unsere verfassungsmäßig garantierten Freiheitsrechte mißbrauchen, wie bisher energisch bekämpfen.

## II. Schutz der Bürger

151. Die SPD unterstützt intensiv alle verfassungsmäßigen Organe unseres Staates – Justiz, Polizei und Feuerwehr – bei ihrer schwierigen Aufgabe, Freiheit und Leben unserer Bürger zu schützen. Dabei versteht sich unsere Polizei in der von der SPD angestrebten sozialen Demokratie nicht mehr als Staatsdiener herkömmlicher Prägung, sondern als ein fester Bestandteil dieser Gesellschaft. Die Polizeibeamten versehen ihren Dienst ausschließlich im Interesse von uns allen.

152. Die SPD wird das Verhältnis zwischen Bürgern und Polizei mit Sorgfalt pflegen, um es weiter zu verbessern. Der „Schutzmann“ muß wieder mehr auf der Straße sichtbar werden, damit der Kontakt zum Bürger vertieft und der Rechtsbrecher verunsichert wird. Die Ausbildung der Polizei wird weiter modernisiert und der Dienst auf den Polizeirevier neu gestaltet, um den Bürgern mehr Sicherheit zu bieten.

153. Der Bürger hat ein berechtigtes Interesse, geschützt zu werden. Die Berliner Polizei hat sich auf die in unserer Wohlstandsgesellschaft immer komplizierter werdenden Anforderungen voll eingestellt.

154. Zur Verhütung und Bekämpfung von Verbrechen geht die Polizei gegen die Zentren der Kriminalität mit gezielten Sondermaßnahmen vor. Wir werden durch die Entlastung von Verwaltungsarbeiten und die Einführung von elektronischer Datenverarbeitung die Schutz- und Kriminalpolizei in die Lage versetzen, Verbrechen noch schneller und erfolgreicher aufzuklären.

155. Zunehmende Industrialisierung und Motorisierung erfordern wegen der sich daraus ergebenden größeren Umweltgefahren eine einsatzstärkere Feuerwehr und einen wirksameren Rettungsdienst.

156. Mehr als andere Ressorts hat der Justizbereich eine gründliche Modernisierung nötig. Sie muß mit dem Ziel vorangetrieben werden, die Justiz als Teil der dem Bürger gegenüber zu erbringenden Dienstleistungen des Staates zu entwickeln.

157. Erforderlich ist zunächst eine Reform des Gerichtsbaus und des Gerichtsverfahrens. Dies kann allerdings nur zentral geschehen. Die Berliner SPD wird entsprechende Initiativen auf Bundesebene unterstützen. Dagegen sind gewisse organisatorische Maßnahmen auch allein in Berlin möglich. Eine Verringerung der Zahl der Amtsgerichte und eine Nutzung der Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung werden angestrebt.

158. Angesichts der Stellung der richterlichen Gewalt in unserem demokratischen Rechtsstaat kommt der Juristenausbildung eine besondere Bedeutung zu. Die SPD unterstützt alle Bemühungen, eine praxisnahe und fundierte Ausbildung bei gleichzeitiger sozialer Besserstellung des juristischen Nachwuchses zu gewährleisten. Gleichzeitig spricht sie sich für eine Verbesserung der Ausbildung der Rechtspfleger aus, die in vielen Bereichen der Gerichtsbarkeit heute den Richter abgelöst haben und sich verantwortungsvollen Aufgaben gegenübersehen.

159. Im Strafvollzug muß an die Stelle des Einschließungsvollzuges für die Mehrzahl der Betroffenen endgültig der Erziehungsstrafvollzug treten. Damit soll eine Verringerung des Prozentsatzes der Rückfalltäter erreicht werden und zugleich dem Straftäter die Möglichkeit zur Rückkehr in die Gesellschaft eröffnet werden. Wir werden uns im Rahmen gezielter Maßnahmen um einen Abbau der festgestellten psychologischen Hemmnisse bemühen.

## III. Verwaltung in der Reform

160. Die SPD will eine Verwaltung, die lernt, durch ständige Wandlung sich neuen Anforderungen mit modernen Methoden und demokratischen Mitteln zu stellen, um ihren Anteil an gesellschaftspolitischen Reformen leisten zu können.

161. Für die SPD steht dabei im Vordergrund, daß die Verwaltung für Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft einen wichtigen Beitrag an Planung, Gestaltung und Leistung zu erbringen hat. Die Bürger unserer Stadt müssen zu Partnern und Kunden der Verwaltung werden. Dieses Ziel ist nicht zu erreichen, ohne daß Hierarchien abgebaut und Teamarbeit in der Verwaltung gefördert werden. Die elektronische Datenverarbeitung wurde der Verwaltungsarbeit nutzbar gemacht. Wir werden ihren Einsatz weiter ausbauen und dadurch Verwaltungsvorgänge weiter beschleunigen und rationalisieren.

Die elektronische Datenverarbeitung wird auch den neugeschaffenen Verwaltungsinstitutionen Entscheidungshilfen liefern.

162. Die SPD will die Abschaffung der Dreiteilung in Beamte, Angestellte und Arbeiter in der Verwaltung und fordert ein einheitliches Dienstrecht für den Mitarbeiter im öffentlichen Dienst. Vorschläge Berlins an den Bund sind hierzu bereits veröffentlicht. Die SPD wird sich dafür einsetzen, daß das Leistungsprinzip in der Verwaltung gefördert wird.

## Finanzplanung

163. Unser Programm ist finanziell abgesichert. Es ist geplant im Rahmen der erkennbaren finanziellen Möglichkeiten.

164. Bei diesem Programm gehen wir nur von den erreichbaren Steigerungsraten der öffentlichen Einnahmen und Ausga-

ben aus. Wir nehmen an, daß Einnahmen und Ausgaben in der nächsten Legislaturperiode um durchschnittlich 7,2 Prozent pro Jahr steigen werden.

**165.** Die Steuereinnahmen Berlins werden nach unseren Berechnungen von Jahr zu Jahr um fast 7 Prozent steigen. Sie werden 1971 bei etwa 2,2 Milliarden und 1974 bei mehr als 2,7 Milliarden DM liegen.

**166.** Der Bundeszuschuß kann auch für die nächsten Jahre als gesichert angesehen werden. Um seine Höhe mußte in der Vergangenheit in jedem Jahr erneut gerungen werden. Seitdem Sozialdemokraten im Bund regieren, ist Schluß mit dem Tauziehen um den Zuschuß des Bundes für den Haushalt des Landes Berlin gemacht worden. Unsere Bundesregierung wird Berlin nach Kräften fördern; wir danken ihr für das Verständnis und für ihre Bereitschaft.

**167.** Die realistische Einschätzung erzielbarer Steuereinnahmen und die erwartete Steigerung des Bundeszuschusses entheben uns nicht der Aufgabe, immer wieder zu prüfen, ob wir nicht auch selbst noch sparsamer wirtschaften können. Wir werden im Sommer 1971 der Öffentlichkeit in einem Bericht umfassend und übersichtlich darlegen, welche Subventionen

wir an wen zahlen. Dieser Subventionsbericht wird Grundlage für die Prüfung sein, ob und gegebenenfalls wo Einsparungen zugunsten vordringlicher Aufgaben möglich sind.

**168.** Wir messen den Bestrebungen der Bundesregierung, möglichst bald zu einer umfassenden Steuerreform zu kommen, erhebliche wirtschaftspolitische und finanzpolitische Bedeutung bei. Was wir benötigen, ist ein Steuersystem, das sozial gerechter ist.

**169.** Die inneren Reformen werden erhebliche Finanzmittel erfordern. Eine angemessene Anhebung der Steuersätze zumindest für die, die aus ihrer Lage heraus in solidarischer Haltung mehr für die Gemeinschaft unseres Volkes tun können, wird ohne Rücksicht auf Sonderinteressen, insbesondere bei Vermögen- und Erbschaftssteuer, von uns gefordert.

**170.** Um unsere Ziele zu sichern, werden wir jedes Jahr etwa 20 Prozent unserer öffentlichen Ausgaben in die Schaffung neuer und in die Modernisierung bestehender Einrichtungen investieren. Wir sind seit 1967 dazu übergegangen, unsere Planungen längerfristig zu konkretisieren durch die Aufstellung von finanzpolitischen Fünfjahresplänen. Diese mittelfristige Finanzplanung macht deutlich, was wir wollen, und zeigt auf, was wir in nächster Zukunft für erreichbar halten.

---

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Berlin, Berlin 65, Müllerstraße 163. Druck: Graphische Gesellschaft Grunewald GmbH, Berlin-Grunewald.

---

Weitere Exemplare können beim SPD-Landesverband angefordert werden.

